

.....
Der Eigentümer handelt: selbstständig ist vertreten

Grundstück ist Eigentum des Antragsstellers eines anderen Eigentümers

Bau ist Eigentum des Antragsstellers eines anderen Eigentümers

Wenn die Änderung der Gebietsnutzung an mehreren Grundstücken beantragt wird, fügen die Antragssteller die im Punkt III. angeführten Angaben in selbstständiger Anlage bei:

ja nein

IV. Beteiligte, die andere dingliche Rechte an Grundstücken und Bauten auf diesen haben

Grundstück Pazellennummer, Katastralgebiet

Bau – Identifikation nach Liegenschaftskataster:.....

Art des Rechts: (z.B. dingliche Last, Pfandrecht, Vorkaufsrecht)

.....
.....

Berechtigter: Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse):

.....
.....

Wenn die Änderung der Gebietsnutzung an mehreren Grundstücken beantragt wird, an den andere dingliche Lasten ruhen, fügen die Antragssteller die im Punkt IV. angeführten Angaben in selbstständiger Anlage bei: ja nein

V. Angaben über den gegenwärtigen Zustand der Nutzung der berührten Grundstücke und über Bauten an diesen

.....
.....
.....
.....

VI. Grundangaben über das betroffene Gebiet

Art, Gründe und Weise der Durchführung der beantragten Änderungen der Gebietsnutzung:

VII. Umweltverträglichkeitsprüfung der Änderung der Gebietsnutzung

- die Änderung der Gebietsnutzung erfordert die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht:
- auf die Änderung der Gebietsnutzung beziehen sich weder das Gesetz Nr.100/2001 Slg. noch §§ 45h und 45i des Gesetzes Nr. 114/1992 Slg.

- Äußerung der zuständigen Behörde, in der festgestellt wird, dass die Änderung der Gebietsnutzung der Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens nach Gesetz Nr. 100/2002 Slg. nicht unterliegt
- Stellungnahme des Organs des Naturschutzes, in der dieses Organ bedeutende Einwirkung auf Örtlichkeit europäischer Bedeutung oder Vogelschutzgebiet ausgeschlossen hat
- Abschluss des Ermittlungsverfahrens, in dem festgestellt wird, dass die Änderung der Gebietsnutzung keine bedeutende Auswirkung auf die Umwelt haben kann,
- die Änderung der Gebietsnutzung erfordert die Umweltverträglichkeitsprüfung
 - die Änderung der Gebietsnutzung ist vor der Einreichung des Antrags auf Entscheidungserlass beurteilt worden – der Antragssteller belegt die Stellungnahme der zuständigen Behörde zur Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens
 - die Änderung der Gebietsnutzung wird parallel mit dem Standortgenehmigungsverfahren beurteilt – der Antragssteller legt zugleich die Dokumentation der Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens vor

VIII. Verzeichnis weiterer (in Punkten I. und III nicht angeführten) am Verfahren Beteiligten

Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse):

.....

Wenn die Zahl der weiteren Beteiligten größer ist, fügt der Antragssteller die im Punkt VIII angeführten Angaben in selbstständiger Anlage bei: ja nein

.....
 Unterschrift des Antragsstellers oder seines Vertreters

TEIL B

Anlagen zum Antrag:

- 1. Dokument, der das Eigentumsecht des Antragsstellers beweist, oder Beleg seines auf dem Vertrag über Durchführung der Änderung der Nutzung der Grundstücke beruhenden Rechts; diese Dokumente werden beigelegt, wenn diese Rechte im Liegenschaftskataster nicht beglaubigt werden können.
- 2. Zustimmung des Eigentümers des Grundstücks /des Baus (falls er nicht der Antragssteller ist), das/den die Nutzungsänderung betrifft, gegebene aufgrund der Dokumentation, die die Identifikation des Grundstücks / des Baus und des Vorhabens des Antragsstellers enthält, belegte durch seine beglaubigte Unterschrift, mit beigelegten Situationszeichnung.
- 3. Vollmacht im Falle des Vertretens, wenn die Vollmacht nicht für mehrere Verfahren erteilt worden ist, ggf. Protokollaufnahme der Vollmacht.
- 4. Kopie der Katastralkarte und Situationszeichnung des gegenwärtigen Zustands des Gebiets im Maßstab der Katastralkarte einschließlich der Pazellennummern, mit Einzeichnung der beantragten Änderung der Gebietsnutzung, mit Kennzeichnung der Bindungen und der Auswirkungen auf die Umgebung, insbesondere der Entfernungen von den Grenzen des Grundstücks und der benachbarten Bauten.
- 5. Bei besonders großen Änderungen der Gebietsnutzung wird der im Punkt 4 angeführte Beleg durch die Einzeichnung der beantragten Änderung auf kartographischer Unterlage im Maßstab von 1: 10 000 bis 1: 50 000 ergänzt.
- 6. Die Dokumentation des Baus nach Anlage Nr. 4 der Bekanntmachung Nr. 503/2006 Slg.
- 7. Stellungnahme oder Äußerung des berührten Organs oder der zuständigen Behörde oder Abschluss des Ermittlungsverfahrens, dass der Bau / die Änderung des Baus die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erfordert.
- 8. Stellungnahme der zuständigen Behörde zur Umweltverträglichkeitsprüfung, falls sie ausgegeben worden ist.
- 9. Dokumentation der Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens, falls diese Prüfung im Rahmen des Standortgenehmigungsverfahrens durchgeführt wird.
- 10. Verbindliche Stellungnahmen der berührten Organe, ggf. deren mit Vermerk der Rechtswirksamkeit versehenen Entscheidungen, die der Antragssteller zum Antrag beifügt, falls sie selbstständig erlassen in dem Belegteil der Dokumentation beigelegt worden sind, mit Angabe der zuständigen Behörde, der Aktennummer und des Ausgabedatums, in Bereichen
 - Natur- und Landschaftsschutz.....

- Gewässerschutz
 - Luftreinhaltung.....
 - Schutz des landwirtschaftlichen Bodens.....
 - Waldschutz
 - Schutz der Lagestätte von Mineralrohstoffen.....
 - Abfallwirtschaft.....
 - Schutz der öffentlichen Gesundheit.....
 - tierärztliche Pflege.....
 - Denkmalpflege.....
 - Straßenverkehr.....
 - Bahnverkehr.....
 - Flugverkehr.....
 - Wassertransport.....
 - Energetik.....
 - Nutzung der Kernenergie und der ionisierenden Strahlung.....
 - elektronisches Fernmeldewesen
 - Staatsverteidigung
 - Sicherheit des Staates
 - Zivilschutz
 - Brandschutz
 - Weiteres, falls nicht oben angeführt
-
11. Stellungnahmen der Eigentümer der öffentlichen Verkehrs- und technischen Infrastruktur zur Möglichkeit und Weise des Anschusses des Baus, die auf der Situationszeichnung gekennzeichnet sind und die der Antragssteller zum Antrag beifügt:
- selbstständig beigelegt zum Belegteil der Dokumentation
- mit Anführung des zuständigen Eigentümers, der Aktennummer und des Ausgabedatums, und zwar in Bereichen:
- Elektrizitätsversorgung
 - Gasversorgung
 - Wasserversorgung
 - Kanalisation (Entwässerung)
 - Wärmeversorgung
 - elektronisches Fernmeldewesen
 - Verkehr
 - Sonstiges
12. Äußerungen der am Verfahren Beteiligten einschließlich der Gemeinde, sofern sie vor der Einleitung des Verfahrens gewonnen worden sind, ggf. Mitteilungen, dass die Beteiligten von der Einreichung des Antrags benachrichtigt worden sind.
- 13 Selbstständige Beilagen mit Anführung der Angaben:
- der Antragssteller (Punkt I. des Antrags)
 - der beantragten Grundstücke (Punkt II. des Antrags)
 - der Eigentums- und sonstigen Rechte (Punkt III. und IV. des Antrags)
 - weiterer am Verfahren Beteiligten (Punkt VIII des Antrags)

**INHALT UND UMFANG DER DOKUMENTATION DES ANTRAGS
AUF ERLASSUNG
der Entscheidung über Änderung der Gebietsnutzung**

A. Einleitungsangaben

Identifikationsangaben über den Antragssteller und den Bearbeiter der Dokumentation, Bezeichnung des Baus und des Grundstücks.

B. Erläuterungsbericht

1. Charakteristik des berührten Gebiets, der Baugrundstücke und der an diesen befindlichen Bauten

- a) Lage in der Gemeinde – bebauter Teil – unbebauter Teil der Gemeinde,
- b) Angaben über die erlassene (genehmigte) Gebietsplanungsdokumentation,
- c) Angaben über Übereinstimmung des Vorhabens mit der Gebietsplanungsdokumentation,
- d) Angaben über die Erfüllung der Forderungen der berührten Organe.
- e) Möglichkeiten des Anschlusses des Baus an öffentliche Verkehrs- und technische Infrastruktur,
- f) geologische, geomorphologische und hydrologische Charakteristik einschließlich der Quellen von Mineralien und Grundwasser, der Gebiete für Sondereingriffe in die Erdkruste und der unterbauten Gebiete,
- g) Lage gegenüber dem Überschwemmungsgebiet,
- h) Arten und Parzellennummern der berührten Grundstücke nach dem Liegenschaftskataster,
- i) Zutritt zum Baugrundstück während des Baus, ggf. Zugangstrassen,
- j) Wasser- und Energieversorgung während des Baus.

2. Grundcharakteristik der beantragten Änderung der Gebietsnutzung

- a) gegenwärtige Nutzungswiese des berührten Gebiets, der Grundstücke und der an diesen befindlichen Bauten,
- b) beantragte Änderung der Gebietsnutzung,
- c) bei zeitweiliger Änderung der Gebietsnutzung Festsetzung der Dauer dieser Änderung,
- d) Gebietsgestaltung nach Abschluss der Änderung der Gebietsnutzung,
- e) Entwurf der Weise und des Vorgangs der Durchführung der Änderung,

3. Orientierungsangaben über die Änderung der Gebietsnutzung

- a) Gesamtausmaß des durch die Änderung berührten Gebiets,
- b) Beurteilung der beantragten Änderung der Gebietsnutzung nach § 80 Abs. 2 Buchst. e) des Baugesetzes,
- c) Grundangaben über Kapazität,
- d) Gesamtbilanz der Ansprüche auf sämtliche Energiearten,
- e) Gesamtwasserverbrauch (davon technologisches Wasser),
- f) Angaben über Abflussverhältnisse,
- g) Facheinschätzung der Spülwassermenge,

- h) Ansprüche auf Kapazitäten der Leitungen des öffentlichen Fernmeldenetzes,
- i) Ansprüche auf Kapazitäten der elektronischen Einrichtungen des öffentlichen Fernmeldenetzes,
- j) Vorausgesetzter Beginn der Durchführung der Änderung,
- h) Vorausgesetzte Durchführungsfrist.

C. Zusammenfassender technischer Bericht

1. Beschreibung der beantragten Gebietsnutzungsweise

- a) Begründung der Auswahl des Gebiets für die beantragte Änderung,
- b) Bewertung des Gebiets
- c) Grundsätze der städtebaulichen, architektonischen und bildkünstlerischen Lösung,
- d) Grundsätze der technischen Lösung

2. Festsetzung der Bedingungen für die Vorbereitung der Änderung der Gebietsnutzung

- a) Angaben über durchgeführte oder geplante Erkundigungen, bekannte geologische und hydrogeologische Bedingungen des berührten Gebiets,
- b) Angaben über Schutzzonen und Grenzen der durch die Durchführung der Änderung berührten Schutzgebiete, mit besondere Berücksichtigung der Bauten, die Kulturdenkmäler sind oder die nicht Kulturdenkmäler sind, jedoch sich in Denkmalreservationen oder Denkmalzonen befinden, mit Anführung der Weise deren Schutzes,
- c) Anführung der Anforderungen an Sanierung, Abrissarbeiten und Fällen von Baumbeständen,
- d) Anforderungen an die Entnahme des landwirtschaftlichen Bodens und der zur Erfüllung der Funktion des Waldes bestimmten Grundstücke, mit Anführung des Ausmaßes und Unterscheidung, ob es sich um zeitweilige oder dauerhafte Entnahme handelt,
- e) Anführung der technischen und physischen Bedingungen des berührten Gebiets, der Bedingungen für die Koordinierung des Aufbaus, insbesondere aus der Sicht der Zufahrten ins Gebiet, ggf. der Umlegung der Erschließungsnetze, des Anschlusses des Gebiets an Wasser- und Energiequellen und der Entwässerung des Gebiets,
- f) Angaben über zusammenhängende Änderungen im Gebiet, Bilanzen der Erdarbeiten und der sich daraus ergebenden Anforderungen an Erdzus Schub oder Erddeponie, Anforderungen an die Gestaltung der Außenflächen und der Grünflächen.

3. Grundangaben über Betrieb

- a) Beschreibung des beantragten Betriebs, ggf. des Produktionsprogramms,
- b) Geplante Betriebs- und Produktionskapazitäten,
- c) Beschreibung der Technologien, ggf. der Materialhandhabung, der inneren und äußeren Verkehrslösung, des Lagerungssystems und der Hilfsbetriebe
- d) Entwurf der Lösung des ruhenden Verkehrs,
- e) Einschätzung des Material- und Rohstoffbedarfs,
- f) Lösung der Abfallbeseitigung oder Ausnutzung (Recycling u.ä.), Lösung der Abwasser- und Regenwasserbeseitigung,
- g) Einschätzung des Wasser- und Energieverbrauchs für die Produktion,

- h) Lösung der Luftreinhaltung,
- i) Lösung des Lärmschutzes,
- j) Lösung des Schutzes des Baus vor Eindringung unbefugter Personen,

4. Grundsätze des Brandschutzes im berührten Gebiet

Kurzgefasste Beschreibung der Konzeption der Feuersicherheit aus der Sicht der vorgesehenen Gebietsnutzung:

1. Lösung der Abstände und Abgrenzung des feuergefährlichen Raumes,
2. Lösung der Evakuierung von Personen und Tieren,
3. Beantragte Quellen des Feuerlöschwassers, ggf. sonstiger Löschmittel,
4. Ausstattung des Gebiets mit Feuersicherheitseinrichtungen,
5. Lösung der Zugangswege und der Einsatzflächen für die Feuerwehrtechnik,
6. Sicherung des Gebiets durch eine bauliche Feuerwehranlage, soweit es die Anforderungen an Rettungs- und Räumungsarbeiten oder an den Schutz der Bevölkerung rechtfertigen.

5. Sicherstellung der Sicherheit des Betriebs und der Nutzung des Baus

6. Entwurf der Lösung der Nutzung des Gebiets durch Personen mit beschränkter Bewegungs- und Orientierungsfähigkeit

Grundsätze der Lösung der Verkehrswege, der Flächen und der Gebäude aus der Sicht ihrer Nutzung und ihrer Zugänglichkeit für Bewegungs- und Sichtbehinderte.

7. Beschreibung der Auswirkungen der beantragten Nutzungsweise des Gebiets auf die Umwelt und den Schutz der Sonderbelange

- a) Lösung der Auswirkungen des Betriebs oder der Produktion auf die Gesundheit von Personen oder auf die Umwelt, ggf. Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung oder Minimierung der negativen Auswirkungen,
- b) Lösung des Naturschutzes, des Landschaftsschutzes oder des Schutzes der Wasserquellen und Heilquellen,
- c) Entwurf der Schutz- und Sicherheitszonen, die sich aus dem Charakter der durchgeführten Änderung ergeben.

8. Entwurf des Schutzes des berührten Gebiets vor negativen Einwirkungen der äußeren Umwelt

- a) Hochwasser,
- b) Erdbeben,
- c) Unterminierung.
- d) Seismik,
- e) Radon,
- f) Lärm.

9. Zivilschutz

- a) Maßnahmen, die sich aus den Anforderungen des Zivilschutzes an die Nutzung des gegebenen Gebiet für Bevölkerungsschutz ergeben,
- b) Lösung der Grundsätze der Verhütung schwerer Havarien.
- c) Zonen der Havarieplanung.

D. Graphische Dokumentation

- a) übersichtlicher Situationsplan im Maßstab von 1:5 000, der die Beziehungen des berührten Gebiets zur städtebaulicher Struktur, zur Lage in der Siedlung, zum Grundverkehrssystem und zu bedeutenden Landschaftselementen dokumentiert,
- b) Gesamtsituation des durch die Änderung berührten Gebiets, in der Regel im Maßstab von 1: 1 000 oder 1:500, mit Kennzeichnung des Anschlusses des Gebiets an die öffentliche Verkehrs- und technische Infrastruktur, ggf. mit Kennzeichnung der Schutzzonen, mit Einzeichnung:
 1. des berührten Gebiets mit Kennzeichnung der Abstände von den Grundstücksgrenzen und von den benachbarten Bauten, des Lage- und Höheplans und der Höhe der Bauten,
 2. der Grenze der zeitweiligen und dauerhaften Baustelle,
 3. der zur Sanierung bestimmten Objekte,
 4. der bestehenden Erschließungs- und Verkehrsnetze im Gebiet und des Anschlusses des Baus an diese Netze
 5. von befestigten Flächen, Verkehrsflächen und Grünflächen,
 6. der zeitweiligen oder dauerhaften Entnahmen des landwirtschaftlichen Bodens und der zur Erfüllung der Funktion des Waldes bestimmten Grundstücke,
 7. der Situierung der Flächen, der sozialen und der Lagerungs- und Verwaltungseinrichtungen des Bauauftragnehmers,
 8. der Einfahrt in das berührte Gebiet.
- c) Zeichnungen im genügend übersichtlichen Maßstab, die die städtebauliche und architektonische Lösung der beantragten Änderung der Gebietsnutzung dokumentieren,
- d) Hauptvertikalschnitte, die die beantragte Geländeanpassung, das Niveau des bestehenden und des gestalteten Geländes, mit Kennzeichnung des Grundwasserspiegels, dokumentieren,
- e) nach dem Charakter der beantragten Änderung der Gebietsnutzung, ggf. Ansichten, die ihre Einfügung in die Landschaft dokumentieren und die auf besondere Forderung des Bauamtes oder des berührten Organs bearbeitet worden sind.

E. Belegteil der Dokumentation

- a) Bericht über Einarbeitung der Stellungnahmen der berührten Organe, der Stellungnahmen der Eigentümer der öffentlichen Verkehrs- und technischen Infrastruktur, ggf. der Äußerungen der Beteiligten im Verfahren,
- b) Verbindliche Stellungnahmen der berührten Organe,
- c) Stellungnahmen der Eigentümer der öffentlichen Verkehrs- und technischen Infrastruktur.
- d) eventuelle Äußerungen der Beteiligten im Verfahren.

Adresse der zuständigen Behörde

Behörde

Straße

Postleitzahl, Gemeinde

In..... am.....

**Betrifft: ANTRAG AUF ERLASSUNG DER ENTSCHEIDUNG ÜBER TEILUNG
ODER ZUSAMMENLEGUNG VON GRUNDSTÜCKEN**

nach Bestimmungen des § 86 in Verbindung mit § 82 des Gesetzes Nr. 183/2006 Slg. über
Gebietsplanung und Bauordnung (Baugesetz) und des § 6 der Bekanntmachung Nr. 503/2006
Slg. über ausführlichere Regelung des Standortgenehmigungsverfahrens, des
öffentlichrechtlichen Vertrags und der gebietsplanerischen Maßnahme.

TEIL A

I Antragssteller

- natürliche Person
Name und Zuname, Geburtsdatum, dauerhafter Aufenthaltsort (ggf. andere
Zustellungsadresse)
- unternehmende natürliche Person - die Einreichung hängt mit ihrer unternehmerischen
Tätigkeit zusammen
Name und Zuname, Art des Unternehmens, Identifikationsnummer, im Handelsregister
oder in sonstiger gesetzlich geregelten Evidenz eingeschriebene Adresse (ggf. andere
Zustellungsadresse)
- juristische Person
Name oder Firmenname, Identifikationsnummer oder ähnliche Angabe, Adresse des
Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse), Person, die berechtigt ist, im Namen der
juristischen Person zu handeln

.....
.....
.....
.....

Wenn mehrere Antragssteller die Entscheidung beantragen, werden die im Punkt 1
enthaltenen Angaben in selbstständiger Anlage beigefügt

- ja nein

Der Antragssteller handelt

- selbstständig
- ist vertreten durch: Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse):

.....
.....

II. Beantragte Grundstücke, die die Teilung oder Zusammenlegung betrifft

Gemeinde	Katastralgebiet	Pazellennummern	Art des Grundstücks nach Liegenschaftskataster	Ausmaß

Wenn Teilung oder Zusammenlegung mehrerer Grundstücke beantragt wird, fügt der Antragssteller die im Punkt II. angeführten Daten in selbstständiger Anlage bei:

- ja nein

III: Beteiligte, die Eigentumsrechte an Grundstücken und an Bauten auf diesen haben

- Grundstück Parzellennummer, Katastralgebiet
- Bau – Identifikation nach dem Liegenschaftskataster

Der Eigentümer handelt: selbstständig ist vertreten

Wenn Teilung oder Zusammenlegung mehrerer Grundstücke beantragt wird, fügen die Antragssteller die im Punkt III. angeführten Daten in selbstständiger Anlage bei:

- ja nein

IV. Beteiligte, die sonstige dingliche Rechte an Grundstücke und an Bauten auf diesen haben

- Grundstück Pazellennummer, Katastralgebiet
- Bau – Identifikation nach Liegenschaftskataster:.....

Art des Rechts: (z.B. dingliche Last, Pfandrecht, Vorkaufsrecht)

.....
.....

Berechtigter: Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse):

.....
.....

Wenn Teilung oder Zusammenlegung mehrerer Grundstücke beantragt wird, an den andere dingliche Lasten ruhen, fügen die Antragssteller die im Punkt IV. angeführten Angaben in selbstständiger Anlage bei: ja nein

V. Gründe für die Teilung oder Zusammenlegung von Grundstücken

.....
.....
.....
.....
.....
.....

VI. Verzeichnis der weiteren (in Punkten I. und III nicht angeführten) am Verfahren Beteiligten

Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse) :

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Wenn die Zahl der weiteren Beteiligten größer ist, fügt der Antragssteller die im Punkt VI angeführten Angaben in selbstständiger Anlage bei: ja nein

.....
Unterschrift des Antragssteller oder seines Vertreters

Archivnr. Zroku 2006

TEIL B

Anlagen zum Antrag:

- 1. Dokument, der das Eigentumsecht des Antragsstellers beweist, oder Beleg seines auf dem Vertrag über Durchführung von Maßnahmen beruhenden Rechts an Grundstücken oder Bauten; diese Dokumente werden beigelegt, wenn diese Rechte im Liegenschaftskataster nicht beglaubigt werden können.
- 2. Vollmacht im Falle des Vertretens, wenn die Vollmacht nicht für mehrere Verfahren erteilt worden ist, ggf. Protokollaufnahme der Vollmacht.
- 3. Kopie der Katastralkarte und Situationszeichnung des gegenwärtigen Zustands des Gebiets im Maßstab der Katastralkarte, einschließlich der Pazellennummern, mit Einzeichnung der beantragten Teilung oder Zusammenlegung von Grundstücken, mit Kennzeichnung des Zutritts zu allen Grundstücken von öffentlicher Verkehrsstrasse.
- 4. Angaben, die die Übereinstimmung der Teilung oder Zusammenlegung von Grundstücken mit der gültigen Gebietsplanungsdokumentation beweisen.
- 5. Verbindliche Stellungnahmen der berührten Organe, ggf. ihren mit Vermerk der Rechtswirksamkeit versehenen Entscheidungen, die der Antragssteller zum Antrag beifügt, falls diese
 - selbstständig erlassen worden sind dem Belegteil der Dokumentation beigelegt worden sind,mit Anführung des zuständigen Organs, der Aktennummer, des Ausgabedatums, und zwar in Bereichen:
 - Umweltschutz
 - Natur- und Landschaftsschutz
 - Gewässerschutz.....
 - Schutz des landwirtschaftlichen Bodens.....
 - Waldschutz.....
 - Schutz der Lagerstätte von Mineralrohstoffen.....
 - Denkmalpflege.....
 - Straßenverkehr.....
 - Bahnverkehr.....
 - Weiteres, falls nicht oben angeführt.....
 -
 -
- 6. Äußerungen der Beteiligten im Verfahren, einschließlich der Gemeinde, falls diese Äußerungen vor der Einleitung des Verfahrens gewonnen worden sind, ggf. Mitteilungen der Beteiligten, dass sie von der Einreichung des Antrags benachrichtigt worden sind.
- 7. Selbstständige Beilagen mit Anführung von Angaben:
 - der Antragsteller (Punkt I. des Antrags)
 - der beantragten Grundstücke (Punkt II. des Antrags)
 - der Eigentumsrechte und sonstiger Rechte (Punkte III. und IV. des Antrags)
 - weiterer Beteiligten am Verfahren (Punkt VI. des Antrags)

Adresse der zuständigen Behörde

Behörde

Straße

Postleitzahl, Gemeinde

In..... am.....

Betrifft: ANTRAG AUF ERLASSUNG DER ENTSCHEIDUNG ÜBER SCHUTZZONE

nach Bestimmungen des § 86 in Verbindung mit § 83 des Gesetzes Nr. 183/2006 Slg. über Gebietsplanung und Bauordnung (Baugesetz) und des § 7 der Bekanntmachung Nr. 503/2006 Slg. über ausführlichere Regelung des Standortgenehmigungsverfahrens, des öffentlich-rechtlichen Vertrags und der gebietsplanerischen Maßnahme.

TEIL A

I Antragssteller

- natürliche Person
Name und Zuname, Geburtsdatum, dauerhafter Aufenthaltsort (ggf. andere Zustellungsadresse)
- unternehmende natürliche Person - die Einreichung hängt mit ihrer unternehmerischen Tätigkeit zusammen
Name und Zuname, Art des Unternehmens, Identifikationsnummer, im Handelsregister oder in sonstiger gesetzlich geregelten Evidenz eingeschriebene Adresse (ggf. andere Zustellungsadresse)
- juristische Person
Name oder Firmenname, Identifikationsnummer oder ähnliche Angabe, Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse), Person, die berechtigt ist, im Namen der juristischen Person zu handeln

.....
.....
.....
.....

Wenn mehrere Antragssteller die Entscheidung beantragen, werden die im Punkt I enthaltenen Angaben in selbstständiger Anlage beigefügt

- ja
- nein

Der Antragssteller handelt:

- selbstständig
- wird vertreten: Name und Zuname /Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; Dauerhafter Aufenthaltsort, Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse)

.....

II. Beantragte Grundstücke, die die Schutzzone betrifft :

Gemeinde	Katastralgebiet	Pazellennummer	Art des Grundstücks nach Liegenschaftskataster	Ausmaß

Wenn die Schutzzone für den Bau / für die Anlage beantragt wird, führt der Antragssteller die Identifikation des Baus / der Anlage nach dem Liegenschaftskataster an.

Wenn die Schutzzone auf mehreren Grundstücken beantragt wird, fügt der Antragssteller die im Punkt II. angeführten Daten in selbstständiger Anlage bei:

- ja nein

III: Beteiligte, die Eigentumsrechte an Grundstücken und an Bauten auf diesen haben

Grundstück Parzellennummer, Katastralgebiet
 Bau / Anlage – Identifikation nach dem Liegenschaftskataster

- Eigentümer: natürliche Person
 Name und Zuname, Geburtsdatum, dauerhafter Aufenthaltsort (ggf. andere Zustellungsadresse)
- unternehmende natürliche Person - die Einreichung hängt mit ihrer unternehmerischen Tätigkeit zusammen
 Name und Zuname, Art des Unternehmens, Identifikationsnummer, im Handelsregister oder in sonstiger gesetzlich geregelten Evidenz eingeschriebene Adresse (ggf. andere Zustellungsadresse)
- juristische Person
 Name oder Firmenname, Identifikationsnummer oder ähnliche Angabe, Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse), Person, die berechtigt ist, im Namen der juristischen Person zu handeln

.....

- Der Antragssteller handelt selbstständig ist vertreten
 Grundstück ist Eigentum des Antragsstellers eines anderen Eigentümers
 Bau / Anlage ist Eigentum des Antragsstellers eines anderen Eigentümers

Wenn die Schutzzone auf mehreren Grundstücken beantragt wird, fügen die Antragssteller die im Punkt III. angeführten Daten in selbstständiger Anlage bei:

- ja nein

IV. Beteiligte, die sonstige dingliche Rechte an Grundstücken, Bauten und Anlagen auf diesen haben

- Grundstück Pazellennummer, Katastralgebiet
- Bau /Anlage – Identifikation nach Liegenschaftskataster.....

Art des Rechts: (z.B. dingliche Last, Pfandrecht, Vorkaufsrecht)

.....

.....

Berechtigter: Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse):

.....

.....

Wenn die Schutzzone auf mehreren Grundstücke beantragt wird, an denen andere dingliche Lasten ruhen, fügen die Antragssteller die im Punkt IV. angeführten Angaben in selbstständiger Anlage bei: ja nein

V. Angaben über den gegenwärtigen Zustand der Nutzung der berührten Grundstücke, über Bauten und Anlagen auf diesen

.....

.....

.....

VI. Gründe für die Errichtung der beantragten Schutzzone und die Begründung ihres Ausmaßes

.....

.....

.....

VII. Abgrenzung der beantragten Verbote und Einschränkungen, ihre Auswirkungen auf die räumliche Ordnung des Gebiets und Entwürfe der sich daraus ergebenden technischen und Organisationsmaßnahmen

.....

.....

.....

VIII. Voraussichtliche Dauer der Schutzzone

.....

IX. Verzeichnis weiterer (in Punkten I. und III nicht angeführter) Beteiligten am Verfahren

Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse) :

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Wenn die Zahl der weiteren Beteiligten größer ist, fügt der Antragssteller die im Punkt IX. enthaltenen Angaben in selbstständiger Anlage bei: ja nein

.....
Unterschrift des Antragsstellers oder seines Vertreters

Archivní z roku 2006

TEIL B

Anlagen zum Antrag:

- 1. Dokument, der das Eigentumsecht des Antragsstellers beweist, oder Beleg seines auf dem Vertrag über Durchführung der Maßnahme beruhenden Rechts an Grundstücken oder Bauten; diese Dokumente werden beigelegt, wenn diese Rechte im Liegenschaftskataster nicht beglaubigt werden können.
- 2. Vollmacht im Falle des Vertretens, wenn die Vollmacht nicht für mehrere Verfahren erteilt worden ist, ggf. Protokollaufnahme der Vollmacht.
- 3. Kopie der Katastralkarte und Situationszeichnung des gegenwärtigen Zustands des Gebietes im Maßstab der Katastralkarte, einschließlich der Pazellennummern der Grundstücke und der Bauten auf diesen, mit Einzeichnung der beantragten Schutzzone.
- 4. Dokumentation, aus der ersichtlich sein muss
 - Ausmaß der Schutzzone,
 - Übereinstimmung der beabsichtigten Schutzzone mit der gültigen Gebietsplanungsdokumentation,
 - bereits bestehende Schutzzonen, Schutzgebiete und Überschwemmungsgebiete,
 - die durch die Schutzzone berührte Verkehrs- und technische Infrastruktur, mit Kennzeichnung der Ersatzmaßnahmen, ggf. der Umlegungen oder Neubauten,
 - Bauten und Anlagen auf dem Gebiet der Schutzzone, mit Kennzeichnung des Entwurfs ihrer weiteren Nutzung bzw. Beseitigung.
- 5. Verbindliche Stellungnahmen der berührten Organe, ggf. ihre mit Vermerk der Rechtswirksamkeit versehenen Entscheidungen, die der Antragssteller zum Antrag beifügt, falls sie
 - selbstständig erlassen worden sind
 - dem Belegteil der Dokumentation beigelegt worden sind, mit Angabe der zuständigen Behörde, der Aktennummer und des Ausgabedatums, und zwar in Bereichen:
 - Natur- und Landschaftsschutz.....
 - Gewässerschutz
 - Luftreinhaltung
 - Schutz des landwirtschaftlichen Bodens.....
 - Waldschutz
 - Schutz der Lagerstätte von Mineralrohstoffen.....
 - Abfallwirtschaft.....
 - Schutz der öffentlichen Gesundheit.....
 - tierärztliche Pflege.....
 - Straßenverkehr.....
 - Bahnverkehr.....
 - Flugverkehr.....
 - Wassertransport.....
 - Energetik.....
 - Nutzung der Kernenergie und der ionisierenden Strahlung.....

- elektronisches Fernmeldewesen.....
- Staatsverteidigung
- Sicherheit des Staates
- Zivilschutz
- Brandschutz.....
- Weiteres, falls nicht oben angeführt.....

6. Stellungnahmen der Eigentümer der Verkehrs- und technischen Infrastruktur zu den beantragten Ersatzmaßnahmen, die gekennzeichnet sind in der Einzeichnung der Schutzzone, die der Antragssteller zum Antrag beifügt:

- selbstständig beigelegt zum Belegteil der Dokumentation,

mit Anführung des zuständigen Eigentümers, der Aktennummer und des Ausgabedatums und zwar in Bereichen:

- Elektrizitätsversorgung
- Gasversorgung
- Wasserversorgung
- Kanalisation
- Wärmeversorgung
- elektronisches Fernmeldewesen
- Verkehr
- Sonstiges

7. Äußerungen der Beteiligten am Verfahren, einschließlich der Gemeinde, soweit diese Äußerungen vor der Einleitung des Verfahrens gewonnen worden sind, oder Mitteilung, dass die Beteiligten über die Einreichung des Antrags benachrichtigt worden sind.

8. Selbstständige Beilagen, mit Anführung der Angaben:

- der Antragsteller (Punkt I. des Antrags)
- der Grundstücke (Punkt II. des Antrags)
- der Eigentums- und sonstiger Rechte (Punkte III. und IV. des Antrags)
- weiterer Beteiligten am Verfahren (Punkt IX. des Antrags)

Adresse der zuständigen Behörde

Behörde
Straße
Postleitzahl, Gemeinde

In..... am.....

**Betrifft: ANKÜNDIGUNG DES IM GEBIET BEABSICHTIGTEN VORHABENS
ZWECKS ERLASSUNG DER GEBIETSPLANERISCHEN
ZUSTIMMUNG**

nach Bestimmungen des § 96 Slg. des Gesetzes Nr. 183/2006 Slg. über Gebietsplanung und Bauordnung (Baugesetz) und des § 15 der Bekanntmachung Nr. 503/2006 Slg. über ausführlichere Regelung des Standortgenehmigungsverfahrens, des öffentlichrechtlichen Vertrags und der gebietsplanerischen Maßnahme.

TEIL A

I Antragssteller

- natürliche Person
Name und Zuname, Geburtsdatum, dauerhafter Aufenthaltsort (ggf. andere Zustellungsadresse)
- unternehmende natürliche Person - die Einreichung hängt mit ihrer unternehmerischen Tätigkeit zusammen
Name und Zuname, Art des Unternehmens, Identifikationsnummer, im Handelsregister oder in sonstiger gesetzlich geregelter Evidenz eingeschriebene Adresse (ggf. andere Zustellungsadresse)
- juristische Person
Name oder Firmenname, Identifikationsnummer oder ähnliche Angabe, Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse), Person, die berechtigt ist, im Namen der juristischen Person zu handeln

.....
.....
.....
.....

Wenn mehrere Antragssteller die Zustimmung zur Standortbestimmung beantragen, werden die im Punkt I enthaltenen Angaben in selbstständiger Anlage beigefügt:

- ja nein

Der Antragssteller handelt:

- selbstständig
- wird vertreten: Name und Zuname /Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; Dauerhafter Aufenthaltsort, Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse)

.....

II. Ort des Vorhabens

Berührte Grundstücke:

Gemeinde	Katastralgebiet	Pazellennummer	Art des Grundstücks nach Liegenschaftskataster	Ausmaß

Wenn das Vorhaben einen Bau / eine Anlage betrifft, führt der Antragssteller die Identifikation des Baus / der Anlage nach dem Liegenschaftskataster an.

Wenn das Vorhaben mehrere Grundstücke / Bauten/ Anlagen betrifft, fügt der Antragssteller die im Punkt II. angeführten Daten in selbstständiger Anlage bei:

- ja nein

III: Beteiligte, die Eigentumsrechte an Grundstücken / Bauten / Anlagen haben, die das beantragte Vorhaben betrifft

- Grundstück Parzellennummer, Katastralgebiet
- Bau / Anlage – Identifikation nach dem Liegenschaftskataster

Eigentümer: natürliche Person
 Name und Zuname, Geburtsdatum, dauerhafter Aufenthaltsort (ggf. andere Zustellungsadresse)

- unternehmende natürliche Person - die Einreichung hängt mit ihrer unternehmerischen Tätigkeit zusammen
 Name und Zuname, Art des Unternehmens, Identifikationsnummer, im Handelsregister oder in sonstiger gesetzlich geregelten Evidenz eingeschriebene Adresse (ggf. andere Zustellungsadresse)

- juristische Person
 Name oder Firmenname, Identifikationsnummer oder ähnliche Angabe, Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse), Person, die berechtigt ist, im Namen der juristischen Person zu handeln

.....

- | | | |
|----------------------------|--|--|
| Der Antragssteller handelt | <input type="checkbox"/> selbstständig | <input type="checkbox"/> ist vertreten |
| Grundstück ist Eigentum | <input type="checkbox"/> des Antragsstellers | <input type="checkbox"/> eines anderen Eigentümers |
| Bau / Anlage ist Eigentum | <input type="checkbox"/> des Antragsstellers | <input type="checkbox"/> eines anderen Eigentümers |

Wenn das Vorhaben auf mehreren Grundstücken / Bauten / Anlagen beantragt wird, fügen die Antragssteller die im Punkt III. angeführten Daten in selbstständiger Anlage bei:

- ja nein

IV. Beteiligte, die sonstige dingliche Rechte an Grundstücken, Bauten und Anlagen haben

- Grundstück Pazellennummer, Katastralgebiet
- Bau /Anlage – Identifikation nach Liegenschaftskataster.....

Art des Rechts: (z.B. dingliche Last, Pfandrecht, Vorkaufsrecht)

.....

Berechtigter: Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse):

.....

Wenn das Vorhaben auf mehreren Grundstücken / Bauten / Anlagen beantragt wird, an denen andere dingliche Lasten ruhen, fügen die Antragssteller die im Punkt IV. angeführten Angaben in selbstständiger Anlage bei: ja nein

V. Grundangeben über das Vorhaben

Art und Umfang des angekündigten Vorhabens und seine Auswirkungen auf benachbarte Grundstücke und Bauten

.....

VI. Angabe, ob das Vorhaben im bebauten Gebiet oder auf bebaubarer Fläche beantragt wird

.....

VII. Angabe, die die Übereinstimmung des Vorhabens mit der Gebietsplanungsdokumentation, mit den allgemeinen Anforderungen an Gebietsnutzung und den allgemeinen Anforderungen auf den Aufbau beweist

.....

VIII. Angaben über den gegenwärtigen Zustand des berührten Gebiets, über die Grundstücke und über die an diesen befindlichen Bauten

.....
.....
.....
.....
.....

IX. Angaben, die beweisen, dass die Verhältnisse im Gebiet durch das Vorhaben nicht wesentlich geändert werden

.....
.....
.....

X. Angabe, die beweist, dass das Vorhaben keine neuen Ansprüche an öffentliche Verkehrs- und technische Infrastruktur erheben wird

.....
.....

XI. Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens nach rechtlicher Sondervorschrift

- das Vorhaben erfordert die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht:
 - auf das Vorhaben bezieht sich weder das Gesetz Nr. 100/2001 Slg. noch § 45h und 45i des Gesetzes Nr. 114/1992 Slg.
 - Äußerung der zuständigen Behörde, in der festgestellt wird, dass das Vorhaben der Umweltverträglichkeitsprüfung nach Gesetz Nr. 100/2002 nicht unterliegt.
 - Stellungnahme des Naturschutzorgans, in dem dieses Organ bedeutende Einwirkung des Vorhabens auf Örtlichkeit europäischer Bedeutung oder Vogelschutzgebiet ausgeschlossen hat.
 - Abschluss des Ermittlungsverfahrens, in dem festgestellt wird, dass das Vorhaben keine bedeutende Einwirkung auf die Umwelt haben kann.

XII. Verzeichnis weiterer (in Punkten I. und III. nicht angeführter) Beteiligten am Verfahren

Name und Zuname / Bezeichnung oder Firmenname, Vertreter; dauerhafter Aufenthaltsort / Adresse des Sitzes (ggf. andere Zustellungsadresse) :

.....
.....
.....
.....

Wenn die Zahl der weiteren Beteiligten größer ist, fügt der Antragsstelle die im Punkt VIII. angeführten Angaben in selbstständiger Anlage bei: ja nein

.....
Unterschrift des Antragsstellers oder seines Vertreters

TEIL B

Anlagen zum Antrag:

- 1. Dokument, der das Eigentumsecht des Antragsstellers beweist, oder Beleg seines auf dem Vertrag über Durchführung des Vorhabens beruhenden Rechts; diese Dokumente werden beigelegt, wenn diese Rechte im Liegenschaftskataster nicht beglaubigt werden können.
- 2. Zustimmung des Eigentümers des Grundstücks /des Baus (falls er nicht der Antragssteller ist), auf dem das Vorhaben durchgeführt werden soll, gegeben aufgrund der Baudokumentation, welche die Identifikation des Grundstücks / des Baus und des Vorhabens des Antragsstellers enthält, die durch seine beglaubigte Unterschrift und beigelegte Situationszeichnung belegt ist.
- 3. Vollmacht im Falle des Vertretens, wenn die Vollmacht nicht für mehrere Verfahren erteilt worden ist, ggf. Protokollaufnahme der Vollmacht.
- 4. Kopie der Katastralkarte und Situationszeichnung des gegenwärtigen Zustands des Gebiets im Maßstab der Katastralkarte, einschließlich der Parzellennummern, mit Einzeichnung des beantragten Vorhabens, mit Kennzeichnung der Bindungen und der Auswirkungen auf die Umgebung.
- 5. Einfache technische Beschreibung des Vorhabens mit den einschlägigen Zeichnungen nach dessen Charakter, insbesondere die Grundrisse der entscheidenden Geschosse und die Ansichten der Bauten.
- 6. Stellungnahme oder Äußerung des berührten Organs oder der zuständigen Behörde, oder Abschluss des Ermittlungsverfahrens, dass der Bau / die Änderung des Baus die Umweltvertraglichkeitsprüfung nicht erfordert.
- 7. Verbindliche Stellungnahmen der zuständigen Organe, ggf. ihre mit Vermerk der Rechtswirksamkeit versehenen Entscheidungen, die der Antragsteller zum Antrag beigelegt, falls sie selbstständig erlassen worden sind dem Belegteil der Dokumentation beigelegt worden sind, mit Anführung des zuständigen Organs, der Aktennummer und des Ausgabedatums, und zwar in den Bereichen:
 - Natur- und Landschaftsschutz.....
 - Gewässerschutz
 - Luftreinhaltung.....
 - Schutz des landwirtschaftlichen Bodens.....
 - Waldschutz
 - Schutz der Lagestätte von Mineralrohstoffen.....
 - Abfallwirtschaft.....
 - Schutz der öffentlichen Gesundheit.....
 - tierärztliche Pflege.....
 - Denkmalpflege.....
 - Straßenverkehr.....
 - Bahnverkehr.....

- Flugverkehr.....
- Wassertransport.....
- Energetik.....
- Nutzung der Kernenergie und der ionisierenden Strahlung.....
- elektronisches Fernmeldewesen
- Verteidigung des Staates
- Sicherheit des Staates
- Zivilschutz
- Brandschutz
- Arbeitsschutz
- Weiteres, falls nicht oben angeführt

Bemerkung: Die verbindliche Stellungnahme der berührten Organe darf weder Feststellung der Nichtzustimmung noch Bedingungen (§ 96 Abs. 1 des Baugesetzes) enthalten.

- 8. Stellungnahmen der Eigentümer der öffentlichen Verkehrs- und technischen Infrastruktur zur Möglichkeit und Weise des Anschlusses des Vorhabens, die auf der Situationszeichnung gekennzeichnet sind und die der Antragssteller zum Antrag beifügt:
 - selbstständig beigefügt dem Belegteil der Dokumentation mit Anführung des zuständigen Eigentümers, der Aktennummer und des Ausgabedatums, und zwar in Bereichen:
 - Elektrizitätsversorgung
 - Gasversorgung
 - Wasserversorgung
 - Kanalisation
 - Wärmeversorgung
 - elektronisches Fernmeldewesen
 - Verkehr
 - Sonstiges
- 9. Äußerungen der am Verfahren Beteiligten einschließlich der Gemeinde, sofern sie vor der Einleitung des Verfahrens gewonnen worden sind, ggf. Mitteilungen, dass die Beteiligten von der Einreichung des Antrags benachrichtigt worden sind.
- 10 Selbstständige Beilagen mit Anführung der Angaben:
 - der Antragssteller (Punkt I. des Antrags)
 - der Grundstücke / Bauten / Anlagen (Punkt II. des Antrags)
 - der Eigentums- und sonstiger Rechte (Punkt III. und IV. des Antrags)
 - weiterer am Verfahren Beteiligten (Punkt XII. des Antrags)

Archivní z roku 2006